

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt: Tagesblatt Riesner
Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptstaatsamts Reichner.

Postkontos: Dresden 1830
Circulose Riesner Nr. 52.

Nr. 183.

Sonnabend, 8. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrists von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Künftigige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Gostebstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: L. W. A. Leichter, Riesner; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Der deutsche Standpunkt zur Sicherheitsfrage.

Von unserem diplomatischen Mitarbeiter.
Die für nächste Woche bevorstehende Zusammenkunft zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem englischen Minister Chamberlain, macht es unbedingt notwendig, daß von deutscher Seite aus eine nochmalige Darstellung des deutschen Standpunktes zur Sicherheitsfrage erfolgt. Die Londoner Vorbereitungen sind immerhin ein wichtiger Faktor in der Vorbereitung der großen Sicherheitskonferenz, die in absehbarer Zeit zustande kommen muß, wenn man daran denken will, das Problem der Sicherheitsfrage zu verwickeln. Aus diesem Grunde wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche Diplomatie jetzt die Hände in den Schoß legen und den Verlauf der Londoner Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner ruhig abwarten wollte. Schon die Tatsache, daß Briand den deutschen Vorschlag von Goelich zu einer Unterredung zu sich gebeten hatte, ist ein genügender Beweis dafür, wie aufmerksam man von London und Paris aus die Haltung der deutschen Regierung verfolgt. Während man sich in den alliierten Hauptstädten fragt, welche Taktik Deutschland einschlagen will, und ob Berlin überhaupt ernsthaft dazu bereit sei, einen Sicherheitspakt einzugehen, wird in der deutschen politischen Öffentlichkeit nur zu sehr der Eindruck hervorgerufen, als hänge die weitere Entwicklung der Dinge ausschließlich von der Antwort der alliierten Mächte an Deutschland und von dem Ergebnis der alliierten Vorbereitungen ab. Wer jedoch Gelegenheit hat, als mehr oder weniger mittelbarer Zuschauer die diplomatische Situation zu verfolgen, kann auf den ersten Blick erkennen, daß es sehr viel auf die deutsche Regierung selbst ankommen wird, um zu erreichen, daß die Diskussion der Sicherheitsfrage auch wirklich auf eine Linie gebracht wird, die den deutschen Interessen in weitgehendem Umfange Rechnung trägt. Dies wissen die beteiligten Staatsmänner der deutschen Regierung sehr genau, und darum haben sie auch gar keinen Zweifel daran gelassen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um Deutschland an den Konferenztisch zu bringen.

In der Rolle, die die deutsche Regierung in Verantwortung der letzten Mitteilung Briands nach Paris gespielt hat, sind die deutschen Voraussetzungen in drei Punkten zusammengefaßt worden:

1. Die Rückwirkungen des Sicherheitspaktes auf die Weimarer Verträge.
2. Sicherstellung des unparteiischen Charakters der Schiedsverträge.
3. Klärung des Artikels 16 vor Eintritt in den Völkerbund.

Die Abrüstungsfrage selbst ist lediglich vom Reichskanzler Dr. Brüning in unerwünschter, motorischer Form als Diskussionspunkt angebracht worden. Sie stellt mehr eine politische und juristische Schlussfolgerung als eine bedingungslos gestellte Voraussetzung dar und scheidet aber zunächst aus dem Vordergrund der Erörterungen aus. Umso einfacher ist die Sachlage, der sich die alliierten Staatsmänner gegenüber gestellt sehen. Die friedliche Revolution der Friedensverträge, die im ersten Punkt von der deutschen Regierung angegriffen worden ist, stellt ein absolutes Rechtsprinzip dar, gegen das die alliierten Regierungen nichts einzuwenden dürfen. Sie ist nur auf dem Wege eines berechtigtigen Entgegenkommens der Gegenseite zu lösen und gliedert sich ganz natürlich in einen Fragenkomplex ein, der von allen beteiligten Seiten ein gewisses Maß von Bereitwilligkeit und freiwilligen Entgegenkommens voraussetzt. Die deutsche Regierung kann daher ohne weiteres den Standpunkt äußern, daß sie nur dann bereit ist, die erforderlichen Sicherheitsgarantien zu stellen, wenn auf der Gegenseite die freiwillige Gegenleistung gegeben wird, unerträgliche Härten des Friedensvertrages auf dem Wege gütlicher Vereinbarungen zu beseitigen.

Die zweite von Deutschland aufgeworfene Frage der Rechtschaffenheit bei den Schiedsverträgen ist ein juristisches Problem, das an sich sehr leicht gelöst werden könnte. Der französische Standpunkt, wonach Frankreich mit seiner Weltmachtstellung die Innehaltung dieser Verträge überwachen soll, ist juristisch so unhaltbar, daß er unbedingt zu Fall gebracht werden muß. Diese Auffassung widerspricht dem Sinn der Abmachungen überhaupt, denn sie eröffnet geradezu die schärfsten Konfliktmöglichkeiten, die zu kriegerischen Vermittlungen führen können, anstatt den Frieden zu garantieren.

Der dritte deutsche Vorbehalt, der die rechtliche Stellung Deutschlands zum Völkerbund und die politische Auswertung des Artikels 16 der Völkerbundsatzungen betrifft, ist ohne weiteres auf dem Wege politischer Verhandlungen zu befriedigen. Auch hier liegt der deutsche Standpunkt so klar, daß die alliierte Diplomatie gar nicht erst den Versuch machen kann, den Kern der Dinge zu umgehen. Wenn der Sicherheitspakt im Völkerbund seine moralischen u. politischen Garantien gewährleisten sollen, so ist das tatsächlich nur denkbar, wenn Deutschland am Völkerbund beteiligt ist. Es kann also schon jetzt vorausgesetzt werden, daß über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund selbst volle Einmütigkeit zwischen Deutschland und den Alliierten besteht. Die Meinungsverschiedenheiten können sich nur darum drehen, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund zu erfolgen hat. Die Lösung dieser drei Fragen würde selbstverständlich dazu führen, daß auch eine Reihe kleinerer Nebenfragen zur Erörterung gelangt, die in dem Augenblick ihre besondere Bedeutung verlieren würden, wenn eine Einigung über den Sicherheitspakt grundsätzlich zustande gekommen ist. Dennoch hat man in Berlin alle Veranlassung, bei der Diskussion des Sicherheitspaktes immer wieder auf die drei hauptsächlichsten Vorbehalte Deutschlands zurückzukommen.

Endgültige Annahme der neuen Steuerentwürfe. Deutscher Reichstag.

(Vortsetzung aus geheimer Nummer.)
v. Berlin, den 7. August 1925.

Dritte Beratung der Steuerentwürfe.

Abg. Seiffert (Dlf.) hält eine weitere Diskussion für überflüssig, da die Regierungsparteien doch alle Anträge niederstimmten. In einem halben Jahre werde man aber an die Revision dieses Gesetzes herangehen müssen, wie ja der Abg. Hergt jetzt schon an einer Revision des Aufwertsatzgesetzes arbeitet. (Erregter Widerspruch rechts.) Der Redner gibt dann eine Erklärung ab, in der er die Steuerentwürfe ablehnt.

Abg. Brüning (Zentr.) rechtfertigt die Haltung der Regierungsparteien, besonders des Zentrums. Der Redner wendet sich dann zu den Sozialdemokraten und erklärt, das Zentrum habe sich zurückgehalten mit Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung. Wenn aber die Sozialdemokraten bei ihrer Politik darauf so wenig Rücksicht nehmen, dann werden sie eines Tages ihre Konsequenzen ziehen müssen. (Hört! hört!) Die Zentrumsfraktion hat kein Verhängnis befürchtet, daß die Vertreter der Sozialdemokraten im Steuerentwurf in schärfster Weise das Zentrum angegriffen haben. (Hört! hört! rechts.) Der Wille zur Verständigung mit der Linken beim Zentrum dauernd vorhanden. Dieser Verhängnisbewußt hat bei verschiedenen Beschlüssen auch Früchte getragen. Das Zentrum hat sich immer bemüht, die Linke wieder zur Verantwortung mit heranzuziehen. Wenn man aber an den Gedanken denkt, daß das Zentrum mit Demokraten und Sozialdemokraten allein die Steuern machen sollte, so überläßt einem ein Grauen. Vergessliche Arbeiter mühe sei der Versuch der Sozialdemokraten, die christlichen Arbeiter vom Zentrum abzuziehen. Der christliche Arbeiter habe mit der sozialdemokratischen Weltanschauung nichts zu tun. (Beifall im Zentrum.) Vielleicht werde Dr. Hergt durch gewisse Strömungen in seiner Fraktion zu diesen scharfen Angriffen gegen das Zentrum gezwungen. (Lachen bei den Sozialisten.) Als die Sozialdemokraten in der Regierung saßen, hätten sie eine ganz andere Steuerpolitik gemacht als jetzt. Der Redner weist auf eine Erklärung seiner Partei, wonach in der Frage der Besteuerung des Postens des Ministers für die besetzten Gebiete keinerlei Entscheidung vorläge. Die Hauszinssteuer werde in Preußen, wo die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß habe, in besonders unsozialer Weise erhoben. Das Zentrum halte an seinem alten Grundsatze fest, daß allen großen Parteien die Möglichkeit gegeben werden müsse, auf der Regierungsbewertung teilzunehmen. Die sozialdemokratischen Angriffe gegen das Zentrum seien außerordentlich auffallend gewesen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Hergt (Soz.) bezieht eine besondere Absicht zur Bekämpfung des Zentrums gehabt zu haben. Er habe das Zentrum nur warnen wollen, allzusehr den Weg nach rechts zu gehen.

Abg. Koenen (Rom.) freitet dem Zentrum das Recht ab, sich eine isolierte Partei zu nennen. Damit schließt die allgemeine Ansprache. Es folgt die Einzelberatung der Steuerentwürfe. Bei der Einkommensteuer wird der steuerfreie Veräußerungsgewinn bei Gewerbebetriebe von 25000 Mark auf 10000 Mark nach einem Antrag Hortländer (Bayer. V.) herabgesetzt.

Sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Kündung der Steuertarife und auf Erhöhung der steuerfreien Abzüge werden abgelehnt. Auf Antrag von Frau Dr. Behm (Dnlf.) wird mit Unterstützung sämtlicher Parteien außer den Kommunisten der Finanzminister ermächtigt, Bestimmungen darüber zu treffen, inwieweit bei den Seimarbeitern, deren Arbeitslohn die Freigrenze nicht übersteigt, der Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterbleiben hat. — Ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird mit 287 gegen 177 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird dann das Einkommensteuergesetz in dritter Lesung gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten endgültig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des

Körperschaftsteuergesetzes.
Das Körperschaftsteuergesetz wird in dritter Lesung angenommen, ebenso das Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz sowie das Reichsbewertungsgesetz, das letztere mit 381 gegen 54 Stimmen.

Es folgt die dritte Lesung der Verkehrssteuern und des Verbrauchsteuergesetzes.
Die Umsatzsteuer beträgt nach den Beschlüssen zweiter Lesung 1,25 Prozent.

Der Meinungsaustrausch über die Antwort an Deutschland.

Paris. Nach übereinstimmenden Informationen der Morgenpresse wird Banderbelle vorläufig nicht nach London reisen. Er befindet sich augenblicklich zur Erholung in einem Bade, werde aber, sobald es sein Gesundheitszustand erlaube, nach London fahren. Die weitere Befähigung wird, werden nur Verhetol und die juristischen Sachverständigen Leger und Fromaget Briand begleiten, so daß also nur das Sicherungsproblem zur Sprache komme. Nach dem "Petit Journal" ist der französische Antwortentwurf fertiggestellt. Ueber

Eine Entschließung Dr. Gerete (Dnlf.) erlucht die Reichsregierung, erneut in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob nicht unter Befreiung der bisher dagegen erhobenen Bedenken die an sich notwendige Befreiung oder entsprechende Entlastung der Handelsvertreter und Agenten von der Umsatzsteuer durchgeführt werden kann.

Abg. Dr. Brodant (Dem.) bezeichnet diesen Antrag als den Versuch einer Täuschung der Öffentlichkeit.

Staatssekretär Popitz bezeichnet die Behauptung, daß 40 Prozent der Umsatzsteuer hinterzogen werden, als eine Legende, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehre.

Der sozialdemokratische Antrag auf Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer wird mit 233 gegen 150 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die Höhe der Umsatzsteuer vom 1. Oktober ab auf 1 Prozent festzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt also bei 1 1/2 Prozent.

Die Entschließung Dr. Gerete (Dnlf.) über die Handelsagenten wird angenommen und dann in dritter Lesung das Gesetz über die Verkehrssteuern.

Es folgt die dritte Lesung der Bier- und Tabaksteuer. Die Abg. Simon-Schwaben (Soz.), Schred (Soz.) und Meyer-Franken (Rom.) bekämpfen die Erhöhung der Biersteuer.

Abg. Lang (Bayer. Volksp.) gibt im Namen der in Bayern gewählten Abgeordneten der Regierungsparteien die Erklärung ab, daß Württemberg, Bayern und Baden hinsichtlich der Ueberweisungen aus den Erträgen der Reichsbiersteuer bestimmte Rechte erlangt haben. Durch ihre Zustimmung zu der jetzigen Biersteuerentwürfe wollen die bayerischen Abgeordneten keines dieser Rechte preisgeben, sondern vielmehr alle diese Rechte und Ansprüche der genannten Länder ausdrücklich vorbehalten wissen.

Die Bier- und Tabaksteuer wird dann in dritter Lesung angenommen. Eine völlige Entschließung, die Einfuhr von Bismarck Bier zu verbieten, wird abgelehnt, nachdem ein Regierungsvertreter größte Bedenken dagegen erhoben hatte.

Es folgt die dritte Lesung der Verbrauchsteuern. Auch die Verbrauchsteuern werden in dritter Lesung angenommen. Einem Zentrumsantrag entsprechend wird ein Ausschuss zur Kontrolle der Branntweinmonopolverwaltung angenommen.

Angenommen wird in dritter Lesung das Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und Gemeinden.

Es folgt die dritte Lesung des neunten und letzten Steuergesetzes des Finanzansgleichsgesetzes.

Abg. Reil (Soz.) stimmt dem neuen Kompromiß zum Finanzansgleich zu, lehnt das Gesetz aber als Ganzes wegen der darin enthaltenen Hauszinssteuer ab.

Abg. Lipinski (Soz.) bekämpft die Hauszinssteuer.

Nach einem Antrag Kimmell (Zentr.) können die Länder aus dem für den Wohnungsbau bestimmten Teil der Hauszinssteuer Tarifen an unbedeutende lindernde Familien und an Schwerfriebsbeschädigte, insbesondere auch an Kriegsblinde bis zur vollen Höhe der Beschlüsse gewähren.

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Fraktion an dem Grundgedanken festhält, daß der zukünftige, wirtschaftliche und politische Wiederaufbau des deutschen Volkstums und Staatswesens nur auf föderativer Grundlage erfolgen könne. Ohne ein bestimmtes Maß von eigener Finanzhoheit ist aber auf die Dauer weder eigenes staatliches Leben noch eigene staatliche Verantwortung gegenüber dem Reich möglich. Diesen Notwendigkeiten trage die jetzige Regelung noch nicht Rechnung. Trotzdem stimme die Bayerische Volkspartei dem Finanzansgleich im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft und mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung unserer Währung zu, weil es sich auch um ein Zwischenstadium handle. Sie erwartet, daß bei der endgültigen Regelung des Finanzansgleichs ihren Bedenken Rechnung getragen wird.

Der Abg. Fehr (Wirtsh. Berg.) gibt im Namen des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschbannvereine sowie Abg. Bachmann (Dnlf.) im Namen seiner Fraktion eine ähnliche Erklärung ab.

Damit schließt die allgemeine Ansprache. Der Finanzansgleich wird mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten angenommen, die Hauszinssteuer mit den Stimmen der Regierungsparteien. Für die Hauszinssteuer stimmten 23 Abgeordnete, dagegen 178, während sich 8 enthielten. Der Antrag Kimmell wird angenommen.

Damit ist die dritte Lesung sämtlicher Steuergesetze erledigt. Reichskanzler Dr. Brüning beglückwünscht den Finanzminister.

Das Haus vertagt sich.

Sonnabend 10 Uhr: Zweite Lesung der Zollvorlage.

Schluss gegen 10 Uhr.

Der Inhalt sei zwar nicht bekannt, es stehe aber fest, daß Briand in zwei grundlegenden Fragen nicht nachgeben werde: in der bedingungslosen Annahme Deutschlands in den Völkerbund und in der Unmöglichkeit eines französischen Eingetretens zu Gunsten Polens und der Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Uebergriffs. Wenn Briand mit Zustimmung Chamberlains den Antwortentwurf erhalten habe, werde der Quai d'Orsay noch in einen Meinungsaustrausch mit Belgien, Italien und Japan eintreten und gleichzeitig auch Polen und die Tschechoslowakei auf dem laufenden halten. Erst nach Abschluss dieses Meinungsaustrausches werde die französische Antwortnote der Reichsregierung zugestellt.